Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 11 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 13. Januar 1933

Im russischen Raum.

Im größten zusammenhängenden Reich der Erde ist seit einem Dutzend Jahren eine riesenhafte wirtschaftliche Umstellung im Gange. Rußland hat den Versuch gemacht — und will ihn fortsetzen —, die übrige industrialisierte Welt wirtschaftlich einzuholen, mit einer Methode allerdings, die sich wesentlich von der in der übrigen Welt geltenden unterscheidet. Wie weit man dabei gekommen ist, kann infolge des Riesenumfanges der Sowjetunion und aus anderen Gründen der Außenstehende nicht sagen, und ob die Führer dieses wirtschaftlichen Umstellungsprozesses den anderen und — sich selbst volle Klarheit über das Erreichte, das Nichterreichte und das Erreichbare bringen wollen, darf man einigen nicht unbegründeten Zweifeln unterziehen. Der erste „Fünf-Jahres-Plan" ist jetzt abgelaufen, und man ist in einen neuen, für die gleiche Zeit vorgesehenen Wirtschaftsplan hineingesteuert, der aber nur zahlenmäßige Produktionsausdehnungen des ersten aufweist, allerdings auch wieder wesentliche „Umstellungen" durchaus nicht ausschließt. Denn wenn die Praxis der russischen Erde und des russischen Menschen allzu hart mit den Absichten der Sowjettheoretiker zusammenstieß, dann hat man bisweilen diese Theorie wieder in den Schreibtischkasten zurückgelegt.

Man hat in Moskau natürlich recht ausgiebige Reden über die — wirklichen und angeblichen — Erfolge des ersten Fünfjahresplans gesprochen, hat dabei aber — trotz aller Hymnen auf das Erreichte — durchaus nicht verschwiegen, daß auch große Mißerfolge zu verzeichnen sind. Dabei ist nicht uninteressant, zu erfahren, welchen eigentlichen Sinn, welche Hauptabsicht der erste Fünfjahresplan gehabt hat oder — nach heutigen Erklärungen Stalins — zum mindesten gehabt haben soll. Dieser Sinn ist ein rein — militär-, oder wenn man will: nationalpolitischer, weit über den Rahmen eines riesigen wirtschaftlichen Experiments hinaus. „Wir würden sonst der mit neuer Technik ausgerüsteten kapitalistischen Einkreisung waffenlos gegenüberstehen; wir hätten sonst nicht alle modernen Verteidigungsmittel, ohne die unser Land sich in ein Objekt militärischer Operationen seiner äußeren Feinde verwandeln würde. Unsere Lage gliche dann mehr oder weniger der des jetzigen China . . ., mit einem Wort, wir hätten in einem solchen Falle keine Nichtangriffspakte, sondern Kriege; wir stünden den Feinden wehrlos gegenüber." Mit diesen Ausführungen will Stalin erklären, warum der wirtschaftliche Neubau in Rußland vielfach — militärische Züge trägt.

Natürlich kann man diese Ausführungen des „roten Zaren" auch als Entschuldigung für die ganz außerordentlich großen wirtschaftlichen Fehler auffassen, die im Laufe des Fünfjahresplans in Rußland begangen wurden. Das Militär läßt sich kommandieren, die Wirtschaft aber nicht. Modernste Riesenfabriken errichten mit den modernsten Riesenmaschinen darin heißt nun noch lange nicht, den vom Lande zugewanderten russischen Arbeiter in diesem und in jenem sofort auch zur Produktion zu befähigen. Ebenso ist es noch lange nicht gesagt, daß der russische Bauer, dem man einen Traktor hinstellt und eine Mähmaschine dranhängt, diese Maschinen nun auch wirtschaftlich verwerten kann. Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, beklagt laut den auch heute noch bestehenden großen Mangel an Qualitätsarbeitern in Rußland; desto mehr verspricht er sich und den andern von der und für die Zukunft, wenn sich die Zahl der qualifizierten Arbeiter erst entsprechend gesteigert hätte.

Wenn also die Industrialisierung zunächst vor allem rein militärische Zwecke verfolgte und dann allmählich auf das Ziel der Selbstversorgung des russischen Volkes mit Industrieerzeugnissen hinstreben will, so ist die Selbstversorgung und die Bereitstellung der Agrarproduktion heute von viel größerer Wichtigkeit und — Gefahr für die Sowjets als früher. Ihre Agrarpolitik hat hin und her geschwankt. Mittels einer möglichst großen Agrarausfuhr wollte man die für die Einfuhr von industriellen Produktionsmitteln nötigen Devisen herbeischaffen. Daß hierfür die „Bolschewisierung" der Agrarwirtschaft eine höchst ungeeignete Methode war, hat man in Moskau längst erfahren und jetzt auch zugegeben. Der unerhört weitgehende Ablieferungszwang für Agrarprodukte führte zu einem fortdauernden Sinken der Lebenshaltung in diesem Riesenland, das heute selbst auf die Befriedigung natürlichsten Lebensbedarfs verzichten muß. Und das zwingt oft genug zu „Durchbrechungen" der bolschewistischen Theorien, die überhaupt zu einem immer größeren Trümmerhaufen werden.

Jederzeit

kann mit dem Bezug auf das „Wilsdruffer Tageblatt" begonnen werden. Bestellungen nehmen fortlaufend unsere Zeitungsboten in Stadt und Land sowie die Geschäftsstelle entgegen.

Reichsregierung und Landwirtschaft.

Neue Erklärungen des Reichslandbundes.

Darstellungen über den Hindenburgempfang.

Die schweren Meinungsverschiedenheiten, die plötzlich öffentlich zwischen Reichsregierung und Reichslandbund ausgebrochen sind, haben in politischen und wirtschaftlichen Kreisen das größte Aufsehen erregt. Die Ursache zu diesem Konflikt liegt in der Veröffentlichung einer vom Reichslandbund in sehr scharfem Ton gehaltenen Entschließung. Regierungsseitig wird behauptet, daß weder der Reichspräsident noch die Reichsminister, die an dem Empfang der Vertreter des Reichslandbundes teilgenommen haben, von der Veröffentlichung dieser Entschließung in Kenntnis gesetzt worden seien, sondern daß die Reichsregierung erst nach Abschluß der Aussprache bei Hindenburg von dem Vorgehen des Reichslandsbundes Kenntnis erhalten habe. Auch der Reichspräsident selbst sei vollkommen überrascht gewesen, als er nach Beendigung der Sitzung von dem Vorhandensein einer derartigen Entschließung erfuhr.

Die Reichsregierung hat ja nach Veröffentlichung der Entschließung des Reichslandbundes sofort in einer Gegenerklärung geantwortet, in der sie den Bruch zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund amtlich mitteilte und in der sie weiter eine Darstellung über die Verhandlungen beim Reichspräsidenten gab.

Zu dieser Verlautbarung der Reichsregierung hat der Reichslandbund, dessen Präsidium am Donnerstag abermals zusammengetreten ist, eine neue scharfe Gegenerklärung erlassen, in der u. a. gesagt wird:

Die Mitteilung der Reichsregierung enthält wesentliche Lücken und Unrichtigkeiten, die geeignet sind, den wahren Tatbestand zu verdunkeln. Gerade die Tatsache, daß die bisherigen Verhandlungen mit der Reichsregierung zu keinen praktischen Folgerungen durch Ergreifen der notwendigen und möglichen agrarpolitischen Sofortmaßnahmen geführt hatten, war

ausschlaggebend für Ton und Inhalt der Entschließung

des Bundesvorstandes des Reichslandbundes, die der Widerhall der Verzweiflung und Verbitterung des deutschen Landvolkes ist, das sich infolge des Ausbleibens der immer wieder versprochenen durchgreifenden Agrarmaßnahmen von der Reichsregierung im Stiche gelassen fühlt. Dieser Stimmung öffentlich Ausdruck zu geben, war selbstverständliche Pflicht des Bundesvorstandes. Die Entschließung wurde sofort der Presse übergeben.

Es ist kennzeichnend, daß die amtliche Mitteilung über den Besuch beim Reichspräsidenten stillschweigend hinweggeht; denn die bei diesem Empfang gemachten Ausführungen, die der Entschließung des Bundesvorstandes in jeder Beziehung entsprachen und sie durch Einzelheiten, insbesondere der bäuerlichen Vertreter erweiterten, machten so

tiefen Eindruck auf den Reichspräsidenten,

daß er sich entschloß, die Vertreter des Bundesvorstandes zu einer neuen Besprechung mit dem Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister noch am selben Tage aufzufordern. Diese Besprechung fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten wenige Stunden darauf statt.

Die Reichsregierung ist keinen Augenblick im Zweifel darüber gelassen worden, daß die bisherigen agrarpolitischen Maßnahmen in keiner Beziehung genügten. In bezug auf die beabsichtigten agrarpolitischen Maßnahmen war lediglich in zweierlei Beziehung eine Feststellung zu erreichen. Der Reichspräsident sagte einen umfassenden Vollstreckungsschutz zu und gab dem Reichskanzler entsprechende Weisung. Der Reichskanzler seinerseits stellte eine künftige Handhabung der landwirtschaftlichen Zölle in Aussicht, die der Lage der Landwirtschaft teilweise mehr gerecht werden sollte. Die Reichsregierung kündigt in ihrer amtlichen Mitteilung lediglich an, daß „alles sachlich Mögliche" für die Landwirtschaft geschehen werde. Es ist nicht die erste Zusicherung dieser Art. Die Stellung des Reichslandbundes zu der Reichsregierung wird nach wie vor nicht von den Versprechungen der Reichsregierung, sondern von ihren Taten bestimmt werden.

Der Abbruch der Beziehungen zum Reichslandbund ist ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung den Notruf des Landvolkes nicht hören will oder völlig die wahre Sachlage verkennt. Der Reichslandbund wird sich dadurch nicht beirren lassen, seinen Kampf für die Gesundung der Landwirtschaft mit allen gebotenen Mitteln fortzusetzen. Auch

der Reichsverband der Deutschen Industrie,

der in der ersten Entschließung des Reichslandbundes scharf angegriffen worden ist, antwortet auf diese Entschließung in einer Kundgebung, in der er die Ausführungen des Reichslandbundes aufs schärfste zurückweist. Das Vorgehen des Vorstandes des Reichslandbundes sei um so unverständlicher, als ihm bekannt sei, daß sich die Industrie in den letzten Monaten in Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinschaftlicher persönlicher Fühlungnahme um praktische, auf das Gemeinwohl abgestellte Lösungen bemüht habe.

Über den Empfang der Vertreter des Reichslandbundes beim Reichspräsidenten wird noch sachlich bekannt, daß auf seiten des Landbundes die Präsidenten Graf Kalckreuth und Willikens, außerdem die Herren von Sybel, von Rohr und andere teilgenommen haben. Diese Herren sind vom Reichspräsidenten zunächst nur in Gegenwart eines Staatssekretärs empfangen worden, wobei sie die Wünsche und Nöte der Landwirtschaft vorgetragen haben. Erst nach Entgegennahme dieser Wünsche hat der Reichspräsident noch die in Frage kommenden Minister zu dem Empfang hinzugezogen, damit, wie Hindenburg sich ausdrückte, die Aussprache auch ein fruchtbares Ergebnis haben sollte.

•

Die Agrarpläne der Reichsregierung.

Von zuständiger Stelle wird noch einmal ein allgemeiner Überblick über die Haltung und die Absichten der Reichsregierung gegenüber den dringendsten Forderungen der Landwirtschaft gegeben. Von besonderem Interesse ist die Mitteilung, daß die Reichsregierung von der Ermächtigung zur Festsetzung autonomer Zölle unter allen Umständen Gebrauch machen will in dem Maße, in dem es den Notwendigkeiten der Landwirtschaft entspricht. Welche Festsetzungen vorgenommen werden sollen, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Die Reichsregierung geht von dem Standpunkt aus, daß die Interessen innerhalb der Landwirtschaft keineswegs überall die gleichen sind, daß vielmehr — genau wie in der Industrie — sich ganz ausgesprochene Gegensätze finden.

Von der Margarineverordnung

erwartet die Regierung keineswegs eine vollkommene Hilfe. Wenn man der Margarine zuviel Butter beimischt, würde man Gefahr laufen, daß die Verbraucher aus der Butter in die Margarine übergehen und daß infolgedessen noch weniger Butter verbraucht wird. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die bisher etwa 450 000 bis 480 000 Tonnen jährlich betragende Margarineerzeugung auf 240 000 Tonnen herabzusetzen. Wünschenswert erscheint allerdings die Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Margarineproduktion, weil sonst auch andere inländische Fette wie Schmalz und Speck nicht mehr von dem Konsum aufgenommen werden könnten und dadurch die Lage der deutschen Landwirtschaft weiter verschlechtert würde.

Was die Zölle anbetrifft,

so wird daran erinnert, daß der Reichskanzler sich darüber bereits mit voller Klarheit ausgesprochen hat. Die von England verfügte Einfuhrsperre war für zahlreiche europäische Länder von verhängnisvoller Wirkung. Auf diesen Umstand ist auch zum Teil der Butterpreissturz unmittelbar nach Weihnachten zurückzuführen. Hinzu kommt, daß Deutschland selbst eine erhebliche Mehrproduktion an Butter durch Umwandlung der Käsereien in Buttereien und durch Vermehrung der Milchproduktion hat. Markenmilch findet fast überhaupt keinen Absatz mehr. Die gesamte Milch wandert ins Butterfaß.

Die Schlachtpreise

sind auf den Stand von 1869 zurückgegangen, die Preise für Häute und Felle sogar auf den Stand des Jahres 1800. Die Viehwirtschaft ist dadurch gezwungen worden, sich in großem Maße auf Marschen und Weiden umzustellen. Diese Zusammenhänge zwischen Viehwirtschaft und Getreidewirtschaft sind für das ganze Zollsystem von größter Bedeutung. Wenn es nicht gelingt, die Viehpreise zu schützen, so ist nicht abzusehen, was mit der bäuerlichen Veredelungswirtschaft werden wird, die keineswegs ein großagrarisches Interesse darstellt, sondern in der Hauptsache bei den Siedlern und Kleinbauern liegt.

Der Vollstreckungsschutz

ist bereits seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Erwägungen der Reichsregierung, die dabei aber nicht nur die Interessen des Schuldners, sondern auch die des Gläubigers zu berücksichtigen hat. Zugegeben wird, daß insbesondere die Viehwirte in Schleswig-Holstein ganz unverschuldet in ungeheure Not geraten sind, und daß man versuchen wird, sie zu schützen. Ein gewisser Vollstreckungsschutz soll auch für Mobilien eingeführt bzw. verlängert werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF